



## Pressemitteilung

München, den 9. September 2009

### **Schaidinger zum geplanten Wohnungsverkauf durch die Landesbank:**

#### **"Freistaat darf sich nicht vor sozialer Verantwortung drücken"**

Der Bayerische Städtetag beobachtet mit großer Sorge die Diskussion um einen möglichen Verkauf des größten bayerischen Wohnungsunternehmens, der GBW AG, die im Besitz der Bayerischen Landesbank ist. Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, erklärte: **"Die Städte müssen zwar hinnehmen, dass die Bayerische Landesbank diesen Immobilienbestand wahrscheinlich verkaufen muss. Wir sehen sehr wohl die Zwangslage der Bayerischen Landesbank, deren Restrukturierungsprogramm noch von der EU-Kommission genehmigt werden muss. Der Freistaat darf sich aber nicht vor seiner sozialen Verantwortung für 34.000 Mietwohnungen und damit rund 100.000 Menschen drücken. Der Freistaat ist über die Bayerische Landesbank Eigentümer des Wohnungsbestandes der GBW und steht somit in der Pflicht."** Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags hat sich daher in einem Brief an den Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer gewandt.

Schaidinger schreibt: **„Als größtes Wohnungsunternehmen Bayerns leistet die GBW AG mit ihrer sozial-orientierten und nachhaltigen Unternehmenspolitik einen wesentlichen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum, insbesondere für einkommensschwächere Bürgerinnen und Bürger. Die Sicherung dieses preiswerten Wohnraums für rund 100.000 Menschen darf nicht für die Rettung der Landesbank aufgegeben werden“.**

Die GBW AG gehört zu 92 Prozent der Bayerischen Landesbank. Der Wohnungsbestand verteilt sich auf alle Regionen Bayerns. Der größte Anteil liegt in München bei rund 10.000 Wohnungen, in Nürnberg und Erlangen mit insgesamt rund 5.000 Wohnungen, 2.200 in Aschaffenburg, 1.900 in Regensburg, 1.800 in Würzburg. 12.000 Wohnungen liegen verstreut in Siedlungen in einzelnen Orten in allen 7 bayerischen Regierungsbezirken.

**"Es kann nicht sein, dass die Landesbank Kasse machen will, aber letztlich die Mieter dafür büßen müssen",** warnt Schaidinger: **„Die finanziellen Probleme der Landesbank dürfen nicht auf die 34.000 Mieter abgewälzt werden.“** Hier ist der Freistaat gefordert. Er muss als Haupteigentümer der Bayerischen Landesbank darauf achten, dass die Mieter nicht zum Spielball von Spekulanten werden. Der Mieterschutz muss gewährleistet bleiben. Schaidinger: **"Die Bayerische Verfassung nimmt den Freistaat in die Pflicht: Laut Verfassung hat jeder Bewohner und jede Bewohnerin Bayerns Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Der Bayerische Städtetag fordert den Freistaat auf, seiner verfassungsrechtlichen Verantwortung gerecht zu werden"**. Der Freistaat müsse die Wohnungen der GBW AG als bezahlbaren Wohnraum auf Dauer sichern: **„Wir erwarten noch vor der Bundestagswahl ein klares Signal, dass sich der Freistaat Bayern zu seiner sozial- und wohnungspolitischen Verantwortung bekennt.“**

Im Einzelnen fordert der Bayerische Städtetag:

1. den lebenslangen Ausschluss von Eigenbedarfs- und Verwertungskündigungen für Mieterinnen und Mieter über 60 Jahre, für alle übrigen Mieterinnen und Mieter auf die Dauer von 15 Jahren,
2. ein mit Vertragsstrafen bewehrtes Umwandlungsverbot für die Dauer von 15 Jahren,
3. den Ausschluss von Luxusmodernisierungen sowie
4. eine Beschränkung der gesetzlichen Spielräume für Mieterhöhungen.

Der Städtetagsvorsitzende Schaidinger schreibt in seinem Brief an Ministerpräsident Seehofer: **"Die gewachsenen Sozialstrukturen in den Konzernwohnungen müssen durch besondere Vereinbarungen zum Mieterschutz langfristig erhalten werden. Es muss sichergestellt sein, dass diese Vereinbarungen auch für Rechtsnachfolger im Konzern oder im Wohnungseigentum gelten"**.